Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Dienstag, 8. Mai 2018
Ausgabe 087
ru.muenchen.de
Als Newsletter oder per WhatsApp unter muenchen.de/ru-abo

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise für Medien **2**
Bürgerangelegenheiten **3**
Meldungen **4**
› OB Reiter gratuliert 1860 München zur Meisterschaft 4
› Pasinger Viktualienmarkt: Stadtrat beschließt weitere Planungen 5
› „Erlebe deinen Wochenmarkt“: Markthallen München wieder dabei 6
› Stadtmuseum: Veranstaltungen zum Internationalen Museumstag 6
› Pflanzenspaß für Kinder und Eltern im Grünspitz Giesing 7
› Städtischer Spielgeräteverleih noch bürgerfreundlicher 8
› Die 68er-Bewegung im Rahmen von Public Art Munich 8
Antworten auf Stadtratsanfragen **10**

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat
Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise für Medien

Wiederholung
Mittwoch, 9. Mai, 18 Uhr, Altes Rathaus
Bürgermeisterin Christine Strobl begrüßt den Evangelisch-Lutherischen Dekanatsbezirk zum Jahresempfang und spricht ein Grußwort.

Wiederholung
Mittwoch, 9. Mai, 20 Uhr, Gasteig, Philharmonie, Rosenheimer Platz 5
Stadträtin Lydia Dietrich (Fraktion Die Grünen/ Rosa Liste) spricht in Vertretung des Oberbürgermeisters bei der Eröffnungsgala des LGBTI*-Chorfestivals VariousVoices. 93 Chöre aus aller Welt mit rund 2.700 Sängerinnen und Sängern aus der Community der Lesben, Schwulen, Trans- und Intersexuellen (LGBTI*) treten von Mittwoch, 9., bis Sonntag,13. Mai, im Gasteig sowie in der Innenstadt mit Kurz- und Galakonzerten auf. Das Festival findet alle vier Jahre in einer anderen Metropole statt. Es ist nach 1997 zum zweiten Mal in der bislang größten Ausführung seiner Geschichte in München.

Freitag, 11. Mai, 11 Uhr, Königsberger Straße 4
Stadtrat Thomas Ranft (Fraktion FDP – HUT) gratuliert der Münchner Bürgerin Anna Herzgsell im Namen der Stadt zum 103. Geburtstag.

Samstag, 12. Mai, 19.50 Uhr, Odeonsplatz
Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers spricht ein Grußwort zur Eröffnung des Carmina-Burana-Mitsing-Konzerts, das um 20 Uhr beginnt. Im Rahmen des 14. Europäischen LGBTI*-Chorfestivals VariousVoices singen rund 5.000 Beteiligte – darunter Mitglieder von 93 Chören, ein Kinderchor und drei Gesangssolistinnen und -solisten des Staatstheaters am Gärtnerplatz sowie das Abaco-Orchester der Ludwig-Maximilians-Universität – gemeinsam mit Münchnerinnen und Münchnern Carl Orffs Carmina Burana.

Montag, 14. Mai, 19 Uhr, Synagoge Ohel Jakob, St.-Jakobs-Platz 18
Oberbürgermeister Dieter Reiter spricht zum Festakt der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern anlässlich des 70. Jahrestags der Unabhängigkeit des Staates Israel. Nach der Begrüßung durch Dr. h.c. Charlotte Knobloch, Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, stehen außerdem Reden von Ilse Aigner, Stellvertretende Bayerische Ministerpräsidentin und Bayerische Staatsministerin für Wohnen, Bauen und Verkehr, sowie Sandra Simovich, Generalkonsulin des Staates Israel für Süddeutschland, auf dem Programm. Nach dem

Festakt findet die Eröffnung der Ausstellung „1948“ des Münchner Vereins Demokratie und Information im Hubert-Burda-Saal des Gemeindezentrums der Israelitischen Kultusgemeinde statt.
Achtung Redaktionen: Für Medienvertreter ist zur Teilnahme an dem Festakt eine Akkreditierung bis Freitag, 11. Mai, 14 Uhr, erforderlich – per E-Mail an presse@ikg-m.de mit Angabe von Name, Vorname, Geburtsdatum, Geburtsort, Medium und Funktion. Medienvertreter werden außerdem gebeten, am Veranstaltungstag ihren Pass, Personalausweis und/oder Presseausweis mitzubringen sowie den Sicherheitscheck am Eingang bei ihrer Zeitplanung zu berücksichtigen.

Bürgerangelegenheiten

Dienstag, 15. Mai, 19 Uhr, Gaststätte „Zunfthaus“, Saal, Thalkirchner Straße 76 (nicht rollstuhlgerecht)
Sitzung des Bezirksausschusses 2 (Ludwigsvorstadt – Isarvorstadt).

Dienstag, 15. Mai, 18 bis 19 Uhr, Bürgerbüro, Schellingstraße 28 a (rollstuhlgerecht)
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 3 (Maxvorstadt).

Dienstag, 15. Mai, 19.30 Uhr, Bayerische Landesbank, Arkadensaal, Oskar-von-Miller-Ring 3 (rollstuhlgerecht)
Sitzung des Bezirksausschusses 3 (Maxvorstadt).

Dienstag, 15. Mai, 18.30 Uhr, Gaststätte „Königlicher Hirschgarten“, Stadl, Hirschgarten 1 (rollstuhlgerecht)
Sitzung des Bezirksausschusses 9 (Neuhausen – Nymphenburg). Zu Beginn der Sitzung findet eine Bürgersprechstunde mit der Vorsitzenden Anna Hanusch statt.

Dienstag, 15. Mai, 19 Uhr, Mensa der Ludwig-Thoma-Realschule, Fehwiesenstraße 118 (rollstuhlgerecht)
Sitzung des Bezirksausschusses 14 (Berg am Laim).

Dienstag, 15. Mai, 19.30 Uhr, Gaststätte „Gartenstadt“, Naupliastraße 2 (nicht rollstuhlgerecht)
Sitzung des Bezirksausschusses 18 (Untergiesing – Harlaching).

Dienstag, 15. Mai, 19 Uhr, Stadtteilzentrum Fürstenried-Ost, Bürgersaal, Züricher Straße 35 (rollstuhlgerecht)
Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 19 (Thalkirchen – Obersendling – Forstenried – Fürstenried – Solln). Der Versammlungsleiter Bürgermeister Josef Schmid und der Bezirksausschussvorsitzende Dr. Ludwig Weidinger informieren zu Beginn über wichtige Themen und Projekte im Stadtbezirk.
Bürgersprechstunde
Von 18 bis 19 Uhr stehen Vertreterinnen und Vertreter aus folgenden Bereichen interessierten Bürgerinnen und Bürgern Rede und Antwort: Baureferat – Gartenbau und Tiefbau, Kreisverwaltungsreferat – Straßenverkehr, Referat für Gesundheit und Umwelt – Energieberatung des Bauzentrums, Münchner Verkehrsgesellschaft, Seniorenbeirat, Polizeiinspektion und der Bezirksausschussvorsitzende Dr. Ludwig Weidinger.

Dienstag, 15. Mai, 19 Uhr, Pfarrsaal St. Agnes, Waldmeisterstraße 34 (rollstuhlgerecht)
Sitzung des Bezirksausschusses 24 (Feldmoching – Hasenbergl). Zu Beginn der Sitzung findet eine Bürgersprechstunde mit dem Vorsitzenden Markus Auerbach statt.

Meldungen

OB Reiter gratuliert 1860 München zur Meisterschaft
(8.5.2018) Oberbürgermeister Dieter Reiter beglückwünscht die Fußball-Mannschaft des TSV 1860 München und Präsident Stefan Reisinger zum Titelgewinn in der Regionalliga:
„Im Namen der Landeshauptstadt München gratuliere ich Ihnen und dem TSV 1860 München sehr herzlich zum Gewinn der Meisterschaft in der Regionalliga Bayern.
Der Erfolg ist, anders als viele vielleicht denken, keine Selbstverständlichkeit, denn der Verein musste nach dem Abstieg im vergangenen Sommer fast bei Null anfangen. Dennoch ist es gelungen, eine Mannschaft zu formen, die Herz und einen guten Charakter hat, ein Team, in dem alle füreinander einstehen. Das passt zu Sechzig und das passt zu Giesing.
Gratulieren möchte ich auch den Fans, die ihren Verein über die Saison hinweg auf einzigartige Weise unterstützt haben.
Ich wünsche der Mannschaft, dass sie die Saisonleistung mit einem Erfolg in der Relegation Ende Mai gegen den 1. FC Saarbrücken krönt, damit die Löwen wieder dahin kommen, wo sie hingehören: in den deutschen Profifußball. “

Pasinger Viktualienmarkt: Stadtrat beschließt weitere Planungen
(8.5.2018) In seiner heutigen Sitzung hat der Kommunalausschuss des Stadtrates einstimmig den Vorplanungsauftrag für den Pasinger Viktualienmarkt erteilt.
Das Kommunalreferat hat eine umfangreiche Machbarkeitsuntersuchung und ein Konzept zur Markterneuerung vorgelegt. Der als Vierseithof angelegte Markt soll komplett erneuert werden, die um den Innenhof angeordneten Stände werden etwas größer und tiefer, so bekommen die Händlerinnen und Händler mehr Platz für Verkauf und Lagerung. Dadurch wird der offene Hofcharakter wieder mehr gestärkt, der heute aufgrund der räumlichen Enge kaum mehr wahrnehmbar ist. Die Auslagen der Stände werden sich auch künftig größtenteils zum Hof hin orientieren, auf dem dann zum Beispiel Platz für Bestuhlung ist. Nicht nur im Innenhof, sondern auch auf der heute eher unattraktiven Marktrückseite wird eine deutliche Steigerung der Aufenthaltsqualität erreicht, durch einen Stand mit gastronomischem Angebot, der sich zum Hochzeitshof des hinter dem Markt gelegenen Standesamtes hin öffnet. Die neuen Stände bieten ausreichend Fläche, um alle Waren nachts verschlossen zu lagern, so dass künftig auch außerhalb der Öffnungszeiten eine Durchquerung des Marktes denkbar ist. Die Stadträtinnen und Stadträte haben darum gebeten, im Rahmen der Vorplanung auch noch einmal zu prüfen, ob es möglich – und in Hinblick auf Wirtschaftlichkeit und Bauzeit vertretbar – wäre, unter dem Markt einen Keller zu bauen, um zusätzliche Flächen zu generieren. Während des Umbaus werden die Händlerinnen und Händler auf einen Interimsmarkt umziehen, der quasi direkt nebenan ist – auf dem Vorplatz des benachbarten Pasinger Rathauses an der Ecke Landsberger und Bäckerstraße.
Mit dem vorgeschlagenen Konzept ist es gelungen, nicht nur die gemütliche Hof-Atmosphäre des kleinen Stadteilmarktes zu erhalten, sondern auch alle Händlerinnen und Händler in Ständen unter zu bringen, die ihren eigenen und allen gesetzlichen Anforderungen genügen. „Damit ist sichergestellt, dass jede Händlerin und jeder Händler, der oder die heute am Markt ist, dort auch eine Zukunft hat, wenn sie oder er das möchte", freut sich Kommunalreferent Axel Markwardt. „Die Sicherung der Händlerexistenzen war und ist mir bei den Sanierungsvorhaben unserer Lebensmittelmärkte immer besonders wichtig, es geht hier schließlich um Existenzen. Unsere heutige Vorlage vereint für den Pasinger Viktualienmarkt das Ziel, den Markt zukunftsfähig zu machen und dabei zugleich die historische Struktur und den Charakter des Marktes zu wahren. Umso mehr freut es mich, dass die Stadträtinnen und Stadträte unserem heutigen Vorschlag gefolgt sind."

„Erlebe deinen Wochenmarkt“: Markthallen München wieder dabei
(8.5.2018) Am Mittwoch, 9. Mai, findet auf dem Marienplatz der alljährliche Europatag statt. Gleich nebenan, auf dem Viktualienmarkt, startet zur gleichen Zeit wieder die europaweite Kampagne „Love Your Local Market“. Unter dem Motto „Erlebe Deinen Wochenmarkt“ beteiligen sich auch 2018 wieder die Markthallen München mit ihren Wochenmärkten. Die internationale Initiative zielt auf die Stärkung der öffentlichen Wahrnehmung von Wochenmärkten, Spezialmärkten und Markthallen und ist auch seit vier Jahren in Deutschland erfolgreich.
Die Feierlichkeiten finden schwerpunktmäßig im Mai und Juni statt. Der europäische Launch von „Love Your Local Market“ war am 5. Mai in Athen, der deutsche Launch für „Erlebe Deinen Markt“ ist am Europatag, 9. Mai, in Hannover. Mit diesem Startschuss können sich die Verbraucher wieder auf viele bunte und informative Aktionen und Events auf ihren Wochenmärkten freuen. In München nehmen vier Wochenmärkte an den Aktionen teil.
Axel Markwardt, Kommunalreferent und Erster Werkleiter der Markthallen München: „Der Wochenmarkt ist uns eine richtige Herzensangelegenheit. Und was uns am Herzen liegt, stellen wir in den Mittelpunkt unserer Aktionen: das bunte Marktleben unter freiem Himmel, die menschliche Nähe der engagierten Händler zu ihren Kunden sowie die Frische, Vielfalt, Qualität und Regionalität der Waren. In ihrer Gesamtheit sind das alles Vorzüge, die Supermärkte und Discounter nicht bieten können.“

Stadtmuseum: Veranstaltungen zum Internationalen Museumstag
(8.5.2018) Das Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1, lädt am Sonntag, 13. Mai, anlässlich des Internationalen Museumstages zu folgenden Veranstaltungen ein:

- Um 10.30 und um 13.30 Uhr starten Kurz-Führungen durch die Ausstellung „Typisch München!“ mit Christiane Greska beziehungsweise Imke Gloth. Was ist typisch München und warum? Vorgestellt wird Bekanntes, Unbekanntes und auch Unerwartetes aus den Anfängen der als „Weltstadt mit Herz“ bezeichneten Metropole.
- Von 11 bis 15 Uhr freut sich Andrea Sienerth in der Offenen Werkstatt der MVHS auf Besucher: Es geht mit Polizist Dimpflmoser auf Spurensuche in der Sammlung Puppentheater. Zusammen mit der Handpuppe Alois Dimpflmoser schauen die kleinen Zuschauer in den Vitrinen nach, ob noch alles an seinem Platz steht. Dabei finden sie auch spannende Dinge über Puppen heraus. Geeignet für Kinder ab fünf Jahren mit begleitenden Erwachsenen.
- Von 14 bis 18 Uhr widmet sich die offene Recherche-Werkstatt des

Museumspädagogischen Zentrums (MPZ) mit Markus Wagner und Anton Brandner dem Thema „Arisierung“ und Enteignung. In der Ausstellung „‚Ehemaliger jüdischer Besitz‘ – Erwerbungen des Münchner Stadtmuseums im Nationalsozialismus“ wird Interessierten jeden Alters mittels Kurz-Führungen und einer offenen Recherchewerkstatt die Arbeit von Provenienzforschern erläutert.

Alle Veranstaltungen (außer das reguläre Filmprogramm) sowie der Museumseintritt sind am Internationalen Museumstag kostenfrei.

Pflanzenspaß für Kinder und Eltern im Grünspitz Giesing

(8.5.2018) Die Bäume sind wieder grün und die ersten mutigen Radieschen spitzen aus der Erde: Der Frühling kommt und mit ihm das Projekt „Junges Stadtgemüse” – dieses Jahr im Gemeinschaftsgarten Grünspitz in Giesing. Während der Gartensaison gibt es immer sonntags – vom 13. Mai bis 7. Oktober – zwischen 14 und 18 Uhr ein Programm rund ums Garteln speziell für Kinder und ihre Familien. Zu finden ist der „Grünspitz“ an der Ecke Martin-Luther-Straße/Tegernseer Landstraße, am besten erreichbar mit der Tram 15/25 (Haltestelle Tegernseer Landstraße). PA/SPIELkultur organisiert das Programm im Auftrag des Stadtjugendamts München in Kooperation mit dem Verein Kulturverstrickungen und dem Gemeinschaftsgarten Grünspitz.

In dem Projekt können Eltern und Kinder die wilden Ecken und Geheimnisse des Gartens mit allen Sinnen erkunden oder einfach die grüne Oase mitten in der Stadt genießen. Sie haben aber auch die Möglichkeit, gärtnerisch aktiv zu werden und Kinderbeete mitzugestalten, zu betreuen und schließlich die Früchte ihrer Arbeit zu ernten. So kann die Entwicklung des Gartens über das ganze Jahr beobachtet werden – vom Bau der Hochbeete, dem Säen und Ziehen der Setzlinge, der Pflege der Pflanzen bis zur Ernte. Spielerisch können die jungen Gärtner und Gärtnerinnen erfahren, was die Natur im Garten schenkt. Es werden Hollerkücherl gebacken, saure Kornelkirschdrops getrocknet, Marmelade gekocht, Kräuterbutter geschüttelt und vieles mehr. Außerdem kann man den Bienen bei ihrer Arbeit zusehen, Vogelfutter herstellen und Nisthilfen bauen.

Die neue urbane Gartenbewegung will Orte für Naturerfahrung, gemeinschaftliches Arbeiten und sozialen Austausch zurück in die Städte bringen. Gleichzeitig wird durch den umweltfreundlichen Anbau von Lebensmitteln mitten in der Stadt wieder ein direkter Bezug zur Produktion der Nahrung hergestellt. Diese Räume sind ideal, um die Prinzipien nachhaltiger Anbauweisen, umweltbewusster Ernährung und Selbstversorgung zu erleben.

Achtung Redaktionen: Weitere Informationen gibt es per E-Mail an presse@spielkultur.de. Das Projekt ist nach vorheriger Absprache auch für Fototermine geeignet.

Städtischer Spielgeräteverleih noch bürgerfreundlicher

(8.5.2018) Der Spielgeräteverleih des Referats für Bildung und Sport ist ab sofort noch bürgerfreundlicher. Seit Anfang Mai können die Spielgeräte bequem und unkompliziert über einen neuen Onlineservice bestellt werden. Die Adresse lautet *http://t1p.de/spielgeraeteverleih*.
Ob für Kindergeburtstage oder Sommerfeste: Beim Spielgeräteverleih des Referats für Bildung und Sport können Münchnerinnen und Münchner kostengünstig eine tolle Ausrüstung ausleihen. Das Sortiment reicht von ausgewählten Spielgeräte-Sets mit Stelzen, Pedalos, Bällen und Springseilen bis zur Torwand und Hüpfburg oder gar zu großen Spielmobilanhängern. Schul- und Sportfeste, aber auch private Geburtstagsfeiern werden so zu einem Bewegungserlebnis. Das Team des FreizeitSports steht den Bürgerinnen und Bürgern mit Rat und Tat zur Seite und informiert über die Angebote.

Die 68er-Bewegung im Rahmen von Public Art Munich

(8.5.2018) Die 68er-Bewegung und ihre Folgen stehen im Fokus der Veranstaltung „Ein Nachspiel" im Rahmen von Public Art Munich am Freitag, 11. Mai, 19 bis 22 Uhr, in der Akademie der Bildenden Künste München, Akademiestraße 2-4. Acht junge Künstlerinnen und Künstler setzen sich mit Themen wie Aufbruch, Aufstand, Aktivismus – damals und heute – auseinander. Vor dem Hintergrund des Films „Winter of Love" von Alexander Kluge, der die Studentenrevolte an der Frankfurter Universität im Wintersemester 1968 aufgreift, reflektieren die Studierenden der Klasse Nicolai in Kurzfilmen und Installationen ihr Verhältnis zur 68er-Bewegung. Unsere heutige Gesellschaft wäre ohne die 68er-Bewegung und ihre Folgen undenkbar – und doch: Wenn sich die junge Generation mit Alt-68ern konfrontiert sieht, scheinen deren Denkweisen und individuelle wie kollektive Entwicklung den Jüngeren oft fragwürdig. Nach dem Filmscreening „Winter of Love" treffen im anschließenden Gespräch mit Alexander Kluge und den Studierenden die beiden Generationen aufeinander. Ab 21.30 Uhr gibt es bei „Interview mit der Revolte" ein Konzert von Embryo, Drinks und Gespräche mit Zeitzeugen.
„Ein Nachspiel" wird um 19 Uhr in der Historischen Aula mit einer Begrüßung von Joanna Warsza , Kuratorin PAM2018, und Gürsoy Dogtas, Kurator des diskursiven Programms, sowie einer Einführung von Julia Maier, künstlerische Mitarbeiterin der Akademie der Bildenden Künste, eröffnet. Der Eintritt ist frei.
Zudem sind ab Freitag, 11. Mai, 17.30 Uhr, im Rahmen einer Eröffnung auf dem Lenbachplatz mit Alexander Kluges „Der wilde Atem der Freiheit" sowie mit Sarah Morris' „Woman on a Horse, Self-Portrait" zwei neue Motive auf dem Billboard zu sehen.

Bei PAM 2018 zeigen über 20 internationale Künstlerinnen und Künstler unter dem Motto „Game Changers“ bis 27. Juli stadtweit im öffentlichen Raum und bei freiem Eintritt Performances und Kunstaktionen zu Orten und Persönlichkeiten, die in der Vergangenheit Münchens für einen gesellschaftspolitischen Paradigmenwechsel von Bedeutung waren.
Weitere Informationen unter *www.pam2018.de* und #publicartmunich.

Antworten auf Stadtratsanfragen

Dienstag, 8. Mai 2018

Rückläufige Flüchtlingszahlen zur Verbesserung des Verfahrens der Standortfindung nutzen!
Antrag Stadtrats-Mitglieder Michael Kuffer, Otto Seidl, Johann Stadler und Dr. Manuela Olhausen (CSU-Fraktion) vom 17.6.2016

Gesamtplan zur Integration von Flüchtlingen
Stimmen die Zahlen?
Anfrage Stadträte Fritz Schmude und Andre Wächter (Liberal-Konservative Reformer) vom 27.3.2018

Umsatzpacht auf der Wiesn – sauber verkalkuliert?
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Johann Altmann, Dr. Josef Assal, Eva Caim, Richard Progl und Mario Schmidbauer (Fraktion Bayernpartei) vom 27.3.2018

Rückläufige Flüchtlingszahlen zur Verbesserung des Verfahrens der Standortfindung nutzen!
Antrag Stadtrats-Mitglieder Michael Kuffer, Otto Seidl, Johann Stadler und Dr. Manuela Olhausen (CSU-Fraktion) vom 17.6.2016

Antwort Sozialreferentin Dorothee Schiwy:

In Ihrem Antrag fordern Sie angesichts rückläufiger Zugangszahlen im Flüchtlingsbereich Veränderungen im Prozess der Standortauswahl für Flüchtlingsunterkünfte und der dazugehörigen Öffentlichkeitsarbeit und Information der Bezirksausschüsse.

Aufgrund von Umstrukturierungen und Überlastung der zuständigen Fachabteilungen konnte der Antrag nicht innerhalb der geschäftsordnungsgemäßen Frist erledigt werden. Die Antragsteller wurden zuletzt mit Schreiben vom 21.8.2017 über eine Terminverlängerung informiert.

Nach § 60 Abs. 9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist. Der Prozess der Standortfindung und die Öffentlichkeitsarbeit für Flüchtlingsunterkünfte betreffen eine laufende Angelegenheit, deren Besorgung nach Art. 37 Abs. 1 GO und § 22 GeschO dem Oberbürgermeister obliegt. Eine beschlussmäßige Behandlung der Angelegenheit im Stadtrat ist daher rechtlich nicht möglich. Ich erlaube mir deshalb, Ihren Antrag anstelle einer Stadtratsvorlage als Brief zu beantworten. Zu Ihrem Antrag vom 17.6.2017 teile ich Folgendes mit:

Zunächst teile ich Ihre Einschätzung, dass im Sinne einer demokratischen Stadtgesellschaft Debatten, Rückfragen und Vorschläge zu Standortplanungen der Flüchtlingsunterbringung selbstverständlich möglich sein müssen. Um dies auch vor dem Hintergrund einer enorm großen Bedarfslage und unter hohem Zeitdruck zu ermöglichen, wurde in enger Abstimmung mit der Stadtspitze ein mittlerweile bewährtes Verfahren zur Standortfindung für Flüchtlingsunterkünfte entwickelt, das seit Juli 2015 für alle neu zu entscheidenden Standorte zur Anwendung kommt. Demnach erstellt die Stadtverwaltung nach eingehender Prüfung sogenannte Standort-Exposés, in denen alle relevanten Daten einschließlich baurechtlicher Zulässigkeit, sozialplanerischer Einschätzung und ein Überblick über bereits vorhandene bzw. in Planung befindliche Unterkünfte für Flüchtlinge und Wohnungslose in der Umgebung enthalten sind. Diese Standort-Exposés werden zunächst der Stadtspitze vorgelegt. Danach und noch vor Befassung des Stadtrats mit dem jeweiligen Standortbeschluss erfolgt zum

frühestmöglichen Zeitpunkt eine schriftliche Erstinformation der jeweiligen Bezirksausschuss-Vorsitzenden per E-Mail sowie mündlich per Telefon. Die Erstinformation enthält ein Kurzexposé mit den wichtigsten Eckdaten sowie Umgebungs- und Lagepläne. Die letztliche Entscheidung über die Realisierung von Standorten obliegt dann dem Stadtrat.

Zu Ihren Antragspunkten teile ich im Einzelnen mit:

Punkt 1:
Dem Vollgremium des Bezirksausschusses muss vor Schaffung vollendeter Tatsachen ausreichend Zeit zur Befassung mit dem Thema gegeben werden.

Punkt 2:
Debatten, Rückfragen und Vorschläge zu einzelnen Standorten (besser geeignete oder schneller verfügbare Alternativen, Begrenzung der Größe und Plätze, andere Situierung) müssen im Sinne einer demokratischen Stadtgesellschaft möglich sein.

Antwort zu Punkt 1 und 2:
Mit dem oben beschriebenen bewährten Verfahren ist es in der Praxis gelungen, den Bezirksausschüssen ausreichend Möglichkeit zur Befassung und Stellungnahme zu geben und gleichzeitig der Eilbedürftigkeit der Standortentscheidungen gerecht zu werden. Die Eilbedürftigkeit ist zwar nicht mehr in vergleichbarem Maße wie 2015 und 2016 vorhanden. Dennoch besteht bei Entscheidungen in Standortfragen in vielen Fällen nach wie vor eine Eilbedürftigkeit, da beispielsweise vermietungsbereite Eigentümer bei zu langer Planungsdauer abspringen, sich Leerstände ergeben oder sich Baukosten erhöhen. Nach wie vor werden in gewissem Umfang neue Unterkünfte benötigt, da Überbrückungsstandorte wegfallen und durch höherwertigere Unterkünfte auf dem Standard von Gemeinschaftsunterkünften ersetzt werden müssen. Außerdem besteht ein hoher Bedarf an Unterkünften für anerkannte Flüchtlinge und Wohnungslose.

Bei verschiedenen Standorten meldeten Bezirksausschüsse nach der Erstinformation tatsächlich Bedenken, besser geeignete Alternativvorschläge oder den Wunsch nach Begrenzung von Kapazitäten an. Nach eingehender nochmaliger Prüfung durch die Verwaltung wurde diesen Rückmeldungen in einigen Fällen soweit möglich entsprochen, so z.B. bei der Verlegung des ursprünglich vorgesehenen Standortes in die Triebstraße 24 oder beim Planungsstopp des Standortes Cosimastraße/ Englschalkinger Straße. Auch wurden und werden Vorschläge von Bezirksausschüssen und Anwoh-

nerinnen und Anwohnern hinsichtlich der Situierung oder baulichen Ausgestaltung von Unterkünften im Planungsprozess selbstverständlich berücksichtigt, soweit dies wirtschaftlich und technisch möglich und sinnvoll ist.

Punkt 3:
Wo es bei der Nutzung von Grundstücken zu Zielkonflikten kommt, z.B. mit der geplanten Bebauung mit Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen, Seniorenwohnheimen oder anderen wichtigen (sozialen) Einrichtungen, muss es eine faire Abwägung der unterschiedlichen Interessen geben.

Antwort zu 3:
Bei den seit 2014 eröffneten Standorten für Flüchtlingsunterkünfte handelt es sich zumeist um Zwischennutzungen der jeweiligen Liegenschaften, die in der referatsübergreifenden Task Force Unterbringung von Flüchtlingen und Wohnungslosen unter Einbeziehung aller beteiligten Referate, insbesondere des Kommunalreferates, des Referates für Bildung und Sport, des Sozialreferates sowie des Referates für Stadtplanung und Bauordnung abgestimmt worden sind. Zielkonflikte mit anderen Nutzungsinteressen treten insofern in aller Regel nicht auf, als die Realisierung von Flüchtlingsunterkünften an Standorten grundsätzlich nicht weiter verfolgt wird, an denen bereits andere Bebauungen geplant sind.

Punkt 4:
Bei der Dimensionierung der Einrichtung, der Situierung und dem Charakter der Einrichtung muss auf die örtlichen Verhältnisse sowie die soziale Integrationsfähigkeit Rücksicht genommen werden. In diesem Sinne muss insbesondere wieder eine verantwortungsvolle Begrenzung der Größenordnung je Standort erfolgen. Hierzu muss eine Stellungnahme der betroffenen Bezirksausschüsse eingeholt werden.

Antwort zu 4:
Bei allen Standorten erfolgen im Rahmen der Task Force Unterbringung von Flüchtlingen und Wohnungslosen unter Beteiligung der jeweils zuständigen Referate eingehende Prüfungen einschließlich baurechtlicher Zulässigkeit, stadtplanerischer und sozialplanerischer Einschätzung der örtlichen Gegebenheiten sowie nicht zuletzt der möglichst gleichmäßigen Verteilung sozialer Einrichtungen im Stadtgebiet. Im Falle von Standorthäufungen, die aufgrund des Unterbringungsbedarfs und der nicht überall im Stadtgebiet gleichmäßigen Verfügbarkeit geeigneter Standorte nicht ausgeschlossen werden können, erfolgt eine enge Abstimmung mit dem jeweiligen Bezirksausschuss. Bei der sozialplanerischen Einschätzung wird jeder Standort einzeln geprüft und dabei der jeweilige Sozialraum untersucht, der

je nach Lage nicht an den Stadtbezirksgrenzen endet. Die Ergebnisse all dieser Prüfungen fließen selbstverständlich in die Entscheidungsvorlagen für den Stadtrat mit ein und haben Auswirkungen auf Größe, Situierung und Charakter der jeweiligen Einrichtungen. Dabei ist jedoch auch immer eine Abwägung bezüglich der zu erfüllenden Bedarfslage notwendig.

Hinsichtlich der Dimensionierung von Unterkünften beauftragte der Stadtrat die Verwaltung mit Beschluss der Vollversammlung vom 22.10.2014 (Sitzungsvorlage Nr. 14-20/V 00955), die Zahl der Bettplätze in Flüchtlingsunterkünften im Regelfall auf 200 zu begrenzen.
Aufgrund der seit Sommer 2015 rasant angestiegenen Zuweisungen von Flüchtlingen durch die Regierung von Oberbayern hat der Stadtrat die Einhaltung der genannten Maximalkapazität im Regelfall zwischenzeitlich auf 500 Bettplätze angehoben (Beschluss der Vollversammlung vom 25.3.2015, Sitzungsvorlage Nr. 14-20/V 02714).

Ob eine Unterkunft in ihrem Umfeld gut integriert werden kann, hängt nicht ausschließlich von ihrer Größe ab, sondern auch von einer guten Betreuung innerhalb der Einrichtung. Die Landeshauptstadt München hat daher den vom Freistaat Bayern vorgesehenen Personalschlüssel für die Asylsozialberatung von 1:150 Personen auf freiwilliger Basis auf 1:100 Personen aufgestockt (Beschluss der Vollversammlung vom 20.5.2015, Sitzungsvorlage Nr. 14-20/V 03149). In städtischen Einrichtungen der Flüchtlingsunterbringung ist zusätzlich täglich rund um die Uhr Personal vor Ort, das als Ansprechpartner für die Bewohnerinnen und Bewohner wie auch für Anwohnerinnen und Anwohner zur Verfügung steht. Täglich bis 24 Uhr sowie am Wochenende wird eine niederschwellige soziale Betreuung angeboten. In den Nachtstunden ist Sicherheitspersonal in den Unterkünften.

Wie oben beschrieben hat sich das bisherige Verfahren der Standortfindung, der möglichst frühzeitigen Information und der Möglichkeit zur Stellungnahme durch die Bezirksausschüsse bewährt. Auch von Seiten der Bezirksausschüsse liegen keine anderweitigen Rückmeldungen vor.

Ich hoffe, auf Ihr Anliegen hinreichend eingegangen zu sein. Ich gehe davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Gesamtplan zur Integration von Flüchtlingen
Stimmen die Zahlen?
Anfrage Stadträte Fritz Schmude und Andre Wächter (Liberal-Konservative Reformer) vom 27.3.2018

Antwort Sozialreferentin Dorothee Schiwy:

In Ihrer Anfrage vom 27.3.2018 führen Sie Folgendes aus:
„Die große Anzahl an – aus wirtschaftlichen oder politischen Gründen – Geflüchteten, die in den vergangenen Jahren nach München gekommen sind, hat die Landeshauptstadt München vor große Herausforderungen gestellt. Das Münchner Sozialreferat hat daher einen ‚Gesamtplan zur Integration von Flüchtlingen' erstellt, der sich mit den Handlungsfeldern Unterbringung, gesellschaftliche Teilhabe, Bildung und Qualifizierung dieser Menschen befasst.
Dieser Gesamtplan geht von rund 46.000 Geflüchteten in München aus. Damit liegt die Zahl deutlich höher, als die Zahlen, die bisher berichtet wurden. In der Antwort auf unsere letzte Anfrage vom Januar 2018 wurde von rund 21.000 Flüchtlingen und Asylbewerbern berichtet. Dies deckt sich in etwa mit den Zahlen im ‚Gesamtplan zur Integration' des Sozialreferates, die aus dem Fachverfahren IDA (integrierte Datenverarbeitung in der Ausländerbehörde) gewonnen wurden. Woher kommt aber die Differenz von rund 25.000 Menschen?
Das Sozialreferat stellt lapidar fest, dass die Zahlen im Bericht viel höher sind, weil sie einen breiteren Ausschnitt betrachten. Welche Datenquellen jedoch herangezogen werden, wird nicht erklärt."

Zu Ihrer Anfrage nimmt das Sozialreferat im Auftrag des Herrn Oberbürgermeisters im Einzelnen wie folgt Stellung:

Frage 1:
Auf welcher Datengrundlage basieren die genannten 45.962 Personen in der Sitzungsvorlage Nr. 14-20/V 09597 (Gesamtplan zur Integration)?

Antwort:
Die Grunddaten im Gesamtplan zur Integration von Flüchtlingen – also auch die genannte Summe von 45.962 Personen – stammen alle aus dem ausländerrechtlichen Fachverfahren der Ausländerbehörde München IDA (integrierte Datenverarbeitung in der Ausländerbehörde), basieren auf dem Melderegister und wurden vom Statistischen Amt der LH München aufbereitet.

Sofern im Gesamtplan zur Integration von Flüchtlingen andere Datenquellen (z.B. Daten der Agentur für Arbeit) herangezogen wurden, so wurden diese eindeutig benannt.

Frage 2:
Wie erklärt sich die Differenz zu den Zahlen aus IDA, basierend auf dem Melderegister?

Antwort:
Bisher veröffentlichte Daten zu Geflüchteten zeigen lediglich Ausschnitte, betrachten unterschiedliche Personengruppen und Zeiträume, dienen unterschiedlichen Zwecken und sind somit nicht miteinander vergleichbar. Integration endet nicht mit dem Abschluss des Asylverfahrens. Um Integrationsmaßnahmen planen zu können, ist ein Überblick über möglichst alle Geflüchteten im Münchner Stadtgebiet vonnöten.
Für den Gesamtplan zur Integration von Flüchtlingen wurden daher gemeinsam mit dem Statistischen Amt der LH München erstmals alle in Frage kommenden Aufenthaltsstatus, deren Inhaberinnen und Inhaber Fluchthintergrund haben (können), in die Datenauswertung einbezogen. Auch diejenigen mit einer Aufenthalts- oder Niederlassungserlaubnis sowie einer Duldung sind enthalten.
Um Geflüchtete, die schon sehr lange hier sind, nicht auf unbestimmte Zeit als solche zu definieren und ihnen nicht noch nach vielen Jahren einen Integrationsbedarf zuzuschreiben, wurde die ermittelte Gesamtzahl der Geflüchteten (45.962) mit dem Einreisezeitraum 1. Januar 2012 bis 31. Dezember 2016 kombiniert. Diese Filterung ergab eine Gesamtzahl von 21.541 Personen.

Frage 3:
Welchen Aufenthaltsstatus haben diese rund 25.000 Menschen, die im Gesamtplan zur Integration zusätzlich ausgewiesen werden?

Antwort:
Die 24.421 Geflüchteten, die vor Januar 2012 einreisten, haben folgende Aufenthaltsstatus:

Aufenthaltsstatus	
§ 25 Abs. 1 AufenthG (Asyl)	6
§ 25 Abs. 2 AufenthG (GfK)	578
§ 25 ABS. 2 S. 1 ALT. 2 (subsidiärer Schutz)	82
§ 25 Abs. 3 AufenthG (Abschiebungsverbot)	909
§ 26 Abs 3 (Niederlassungserlaubnis)	5.781
§ 36 Abs. 1 AufenthG (Nachzug von Eltern)	21
§ 22 (Hauptanwendung: afghanische Ortskräfte)	3
§ 23 Abs. 1 AufenthG (Aufnahme durch Land)	189
§ 23 Abs. 2 AufenthG (besondere Fälle)	362
§ 25 Abs. 4 Satz 1 AufenthG (dringende persönliche oder humanitäre Gründe)	206
§ 25 Abs. 4 Satz 2 AufenthG (Verlängerung wegen außergewöhnlicher Härte)	36
§ 25 Abs. 5 AufenthG (rechtliche oder tatsächliche Gründe)	315
§ 25A ABS. 1 (Aufenthaltsgewährung bei nachhaltiger Integration für Geduldete Jugendliche)	41
§ 25B ABS. 1 S. 1 (Aufenthaltsgewährung bei nachhaltiger Integration: integrierter Ausländer)	15
§ 30 AufenthG (Ehegatten)	935
§ 32 AufenthG (Kinder)	744
§ 28 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 AufenthG (Familiennachzug zu Deutschen: Ehegatte)	167
§ 28 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 AufenthG (Familiennachzug zu Deutschen: Kinder)	74
§ 28 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3, Satz 2 AufenthG (Familiennachzug zu Deutschen: Elternteil)	893
§ 31 Abs. 1, 2, 4 AufenthG (eigenständiges Ehegattenaufenthaltsrecht)	196
§ 31 Abs. 3 AufenthG (eigenständiges Aufenthaltsrecht der ausländischen Ehegatten)	92
§ 33 AufenthG (Geburt im Bundesgebiet)	1.957
§ 34 Abs. 2 AufenthG (eigenständiges Aufenthaltsrecht für Kinder)	146
§ 35 AufenthG (Kinder)	7.086
§ 36 Abs. 1 AufenthG (Nachzug von Eltern)	9
§ 36 Abs. 2 AufenthG (Nachzug sonstiger Familienangehöriger)	30
§ 38a AufenthG (langfristig Aufenthaltsberechtigter in EU-Mitgliedsstaats)	45
§ 26 Abs. 4 AufenthG (aus humanitären Gründen nach 7 Jahren)	3.292
Vorübergehende Aussetzung der Abschiebung (sog. Duldung)	211
Summe	**24.421**

Es handelt sich vor allem um Menschen aus dem Irak (6.072), dem Kosovo (4.601), Bosnien-Herzegowina (3.956), Serbien (3.068) und Afghanistan (2.204).
Die bei der Datenerhebung berücksichtigten einzelnen Aufenthaltstitel sowie die Duldung lassen nicht immer eindeutig Rückschluss auf einen Fluchthintergrund zu. Daher wurde für die Datenerhebung, anhand einer Kombination verschiedener Variablen, mit einer Annäherung gearbeitet. Das Vorgehen wird im Gesamtplan zur Integration von Flüchtlingen auf den Seiten 15-21 sowie in den Tabellen in Anlage 1_2 genau erläutert. (*Siehe unter http://riswebp002.srv.ha3.dir.muenchen.de/ris/vorlagen/SitzungsvorlageDetail?83&RisId=4582078)*.

Umsatzpacht auf der Wiesn – sauber verkalkuliert?
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Johann Altmann, Dr. Josef Assal, Eva Caim, Richard Progl und Mario Schmidbauer (Fraktion Bayernpartei) vom 27.3.2018

Antwort Bürgermeister Josef Schmid, Leiter des Referats für Arbeit und Wirtschaft:

In Ihrer Anfrage vom 27.3.2018 führten Sie als Begründung aus:
„Am 31.1.2018 endete die Abgabefrist für die Umsatzzahlen der Wiesnwirte – und wie sich gezeigt hat, fielen die Einnahmen der Stadt durch die neu eingeführte Umsatzpacht um 20% geringer aus als prognostiziert. Dadurch entsteht bei den Sicherheitskosten erneut eine gewaltige Deckungslücke – es fehlen 1,7 Millionen Euro."

Erlauben Sie mir vor der Beantwortung Ihrer konkreten Fragen eine kurze Vorbemerkung:
Der Stadtrat hat im Mai 2017 über die Einführung der Umsatzpacht beraten und entschieden, dass zur Finanzierung der stark gestiegenen Kosten für die Durchführung des Oktoberfests eine Umsatzpacht eingeführt werden soll. Die Umsatzpacht löste damit das bisherige Modell der Standplatzmieten ab.

Das Referat für Arbeit und Wirtschaft (RAW) als Veranstalter des Oktoberfests war bei der Festlegung des Prozentsatzes der Umsatzpacht auf Schätzungen angewiesen. Die Festwirte hatten der Stadt keine geprüften Zahlen, die eine gesicherte Kalkulationsbasis dargestellt hätten, übermittelt. Die Schätzung wurde vom RAW nach einer Sichtung und Bewertung unterschiedlicher Quellen schließlich so vorgenommen, wie dies in der Beschlussvorlage 14-20/V 08507 auf Seite 10 dargestellt ist. Demnach wurde der Gesamtumsatz der Festwirte auf Basis der auf der Wiesn vorhandenen Gesamtplatzzahl, der Reservierungswechsel und des Konsumverhaltens der Wiesngäste geschätzt.
Auf das Risiko einer Unterdeckung durch die Einnahmen wurde vom RAW dabei ebenso hingewiesen, wie auf die Möglichkeit einer Überdeckung. Solche Über- und Unterdeckungen waren in der Vergangenheit immer wieder vorgekommen, zuletzt belief sich der durchschnittliche Deckungsgrad in den Jahren 2011 bis 2015 durch die Einnahmen aus der Standplatzmiete auf 102 Prozent.

Das RAW hat in der zitierten Beschlussvorlage darauf hingewiesen, dass nötigenfalls eine Anpassung der Umsatzpacht erfolgen könne. Es ent-

spricht dem Wesen der Schätzung, dass in einem ersten Ansatz die tatsächliche Höhe der Umsätze der Festwirte allenfalls zufällig getroffen wird. Erst nach Vorlage testierter Umsatzzahlen lässt sich die Höhe des Prozentsatzes der Umsatzpacht in Abhängigkeit vom Aufwand der Stadt für die Durchführung des Oktoberfestes zuverlässig ermitteln.

Die in Ihrer Anfrage gestellten Fragen können wie folgt beantwortet werden:

Frage 1:
Wie erklärt der Wirtschaftsreferent, 2. Bürgermeister Josef Schmid, die Fehlkalkulation? Nach Aussagen von Wirte-Sprecher Christian Schottenhamel haben die Wirte bereits im vergangenen Jahr vor niedrigeren Zahlen gewarnt, bei den zuständigen Stellen in der Stadt aber kein Gehör gefunden.

Antwort:
Siehe Vorbemerkung.

Frage 2:
Die zuerst prognostizierten 240 Mio. Euro beruhten auf einer Bachelor-Arbeit. Die Zahl wurde später vom Referat auf 200 Mio. nach unten korrigiert, in der folgenden Stadtratsvorlage ging man nur noch von 172 Mio. aus – selbst diese wurden nicht erreicht. Gilt im Referat für Arbeit und Wirtschaft eine Bachelor-Arbeit, die von Studenten nach wenigen Semestern verfasst wird, als seriöse und fundierte Planungsgrundlage für den Umgang mit Millionenbeträgen aus dem Stadtsäckel?

Antwort:
Die Erkenntnisse einer Bachelorarbeit wurden nicht für die Schätzung herangezogen. Das Oktoberfest ist ein Gebührenrechner, der seine Kosten vollständig durch Einnahmen decken muss. Millionenbeträge aus dem Hoheitshaushalt werden vom RAW zur Deckung der Kosten des Oktoberfests nicht einkalkuliert.

Frage 3:
Welche Konsequenzen werden im Referat für Arbeit und Wirtschaft aus der Fehlkalkulation gezogen?

Antwort:
Siehe Vorbemerkung: Es konnte mangels konkreter Daten keine Kalkulation vorgenommen werden. Auf das Risiko einer Unterdeckung durch die

Schätzung wurde daher deutlich hingewiesen. Mit den gemeldeten Umsatzzahlen 2017 steht für die Jahre ab 2018 erstmals eine belastbare Kalkulationsbasis bereit.

Frage 4:
Um wie viel wird die Umsatzpacht für 2018 steigen?

Antwort:
Ob die Umsatzpacht angepasst wird und in welcher Höhe sie festgesetzt wird, unterliegt der Entscheidung des Stadtrats. Das Referat für Arbeit und Wirtschaft wird dazu einen Entscheidungsvorschlag einbringen.

Ich hoffe, dass ich Ihre Fragen hiermit zufriedenstellend beantworten konnte.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Dienstag, 8. Mai 2018

WAL-Projekt Erwin-Schleich-Straße
Antrag Stadträtin Heike Kainz (CSU-Fraktion)

Warum Kommunalpolitik sexy ist
Antrag Stadtrats-Mitglieder Verena Dietl, Haimo Liebich, Gerhard Mayer, Christian Müller, Alexander Reissl, Heide Rieke, Dr. Constanze Söllner-Schaar und Christian Vorländer (SPD-Fraktion)

Vertreibungspolitik der GBW – wie viele EOF-Haushalte sind betroffen?
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Cetin Oraner und Brigitte Wolf (Die Linke)

Ministerpräsident Söder muss Verantwortung für Vertreibungspolitik der GBW übernehmen
Antrag Stadtrats-Mitglieder Cetin Oraner und Brigitte Wolf (Die Linke)

EOF-Haushalte in GBW-Wohnungen unterstützen
Antrag Stadtrats-Mitglieder Cetin Oraner und Brigitte Wolf (Die Linke)

Stadtrat

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für die nachfolgenden Anträge und Anfragen liegt bei den jeweiligen Stadtratsmitgliedern. Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

CSU
Fraktion im Münchner Stadtrat

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

Stadträtin Heike Kainz

ANTRAG

08.05.2018

WAL-Projekt Erwin-Schleich-Straße

1. Die LHM wird aufgefordert, vor der Realisierung des WAL-Projektes Erwin-Schleich-Straße zu prüfen, inwieweit die zur Verfügung stehenden Verkehrsflächen der Erwin-Schleich-Straße ausreichend sind in Hinblick auf Brandschutz, Müllabfuhr, Notarzteinsätze und Lieferverkehr.

2. Soweit die zur Verfügung stehenden Flächen überhaupt ausreichend sind, ist die Erschließungsstraße zuerst zu planen und zu bauen, bevor die Gebäude im Baugebiet errichtet werden, um die Erschließung sicher zu stellen.

3. Die Schulversorgung für die in den Wohnungen lebenden Kinder ist zu sichern und nachzuweisen.

4. Die Betreuung der Kinder in allen Altersstufen (Kinderkrippe, Kindergarten, Nachmittagsbetreuung) ist ebenso zu gewährleisten.

5. Das Planungsreferat prüft in diesem Zusammenhang die Realisierung einer Anwohnertiefgarage.

Begründung:

Im Gebiet des Bebauungsplanes 184d sollen insgesamt 52 Wohneinheiten im Projekt „Wohnen für alle“ geschaffen werden. Dies bedeutet, dass dort voraussichtlich insgesamt ca. 190 Personen, davon ungefähr 80 bis 90 Kinder, wohnen werden.

Vorgesehen werden weiter insgesamt 32 nicht überdachte Stellplätze entlang des sogenannten Angers.

Die einzige verkehrliche Zuwegung Erwin-Schleich-Straße weist eine Breite von insgesamt nur 8 Metern auf. Im Bebauungsplan ist vorgesehen, dass hier kein abgetrennter Gehweg errichtet werden soll, sondern eine gemeinsame Geh- und Fahrbahn.

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München
Tel. 233-92650, Fax: 291 37 65, csu-fraktion@muenchen.de, www.csu-rathaus-muenchen.com

Nachdem der Bebauungsplan aus dem Jahr 1994 stammt, also bereits 24 Jahre alt ist, muss erneut geprüft werden, inwieweit die vorhandenen Verkehrsflächen überhaupt noch ausreichend sind und den aktuell geltenden rechtlichen Bestimmungen entsprechen.

Dies gilt auch im Hinblick auf die Anordnung der Stellplätze, da im Bebauungsplan vorgesehen war, dass diese in geschlossenen Garagen und nicht entlang der Zuwegungen angeordnet werden sollten.

Des Weiteren hat der Wohnungsmix zur Folge, dass eine beachtliche Zahl an Kindern in der Wohnanlage leben werden. Nachdem sowohl die Schulen als auch die Betreuungseinrichtungen bereits jetzt zu wenig Plätze haben und überfüllt sind, muss dieser Bedarf gesichert werden, bevor mit dem Bau begonnen wird. Dies ist nach derzeitigem Kenntnisstand jedoch nicht gegeben.

Heike Kainz
Stadträtin

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München
Tel. 233-92650, Fax: 291 37 65, csu-fraktion@muenchen.de, www.csu-rathaus-muenchen.com

ANTRAG

SPD-STADTRATSFRAKTION

MünchenSPD Stadtratsfraktion ▪ Rathaus ▪ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, 07.05.2018

Warum Kommunalpolitik sexy ist

Antrag

Die Stadt startet eine Kampagne zur Stärkung der lokalen Demokratie. Die Kampagne soll darstellen, dass die Kommunalpolitik viele Möglichkeiten bietet, das Leben in der Stadt mitzugestalten und unmittelbar etwas zu bewirken. Sie soll zeigen, warum es sich lohnt, sich aktiv in der Kommunalpolitik einzubringen. Dazu schlagen wir vor:

1. Eine Informationskampagne durch die Fachstelle für Demokratie zu den Themen „So funktioniert Demokratie – in München“ bzw. „Meine/Deine Stimme zählt“. Ziel soll es sein die Themen und Befugnisse der Stadtpolitik inklusive ihrer Gremien den Münchner/innen griffig zu vermitteln. Um dies möglichst durch verschiedene Kommunikationskanäle (z. B. Facebook, Infoscreen, Fahrgastfernsehen, Wochenblätter, mobile Demokratiewerbestationen) zu bewerben, wird ein entsprechendes Werbebudget zur Verfügung gestellt.
2. Das Referat für Bildung und Sport (Pädagogisches Institut) erarbeitet im Rahmen der politischen Bildung Angebote der Demokratiebildung. Die StadtschülerInnenvertretung wird hierzu einbezogen.
3. Die Sicherstellung der bewährten Aufklärungsarbeit der „Pastinaken“ und des „Demokratiemobils“ des Kreisjugendrings sowie der weitere Ausbau der Demokratiebildung.
4. Informationsangebote, z. B. Broschüren, Videos, etc. am und im Rathaus, die die Funktion der Münchner Kommunalpolitik darstellen und erklären.
5. Die Einbeziehung der Jugendverbände und der freien Träger der Jugendhilfe bei der Förderung von Demokratiebeteiligung und Aufklärungsarbeit.

Begründung

München hat bereits jetzt viele Initiativen zur Stärkung der Zivilgesellschaft und der Partizipation innerhalb der LH München. Diese bestehenden Netzwerke möchten wir in den nächsten Jahren erweitern und das politische Interesse bei Alt und Jung weiter fördern. Die Aufklärungsarbeit über

MünchenSPD Stadtratsfraktion
Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 089 - 23 39 26 27, Fax: 089 - 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MÜNCHEN SPD

Kompetenzen und Befugnisse der Kommunalpolitik und der Stadtverwaltung spielt dabei eine herausragende Rolle, um so München als tolerante und weltoffene Stadt zu erhalten und noch weiter auszubauen.

gez.

Alexander Reissl
Verena Dietl
Christian Müller
Christian Vorländer
Gerhard Mayer
Heide Rieke
Haimo Liebich
Dr. Constanze Söllner-Schaar

Stadtratsmitglieder

DIE LINKE.

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, den 07.05.2018

Anfrage:
Vertreibungspolitik der GBW – wie viele EOF-Haushalte sind betroffen?

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

nach dem Verkauf der GBW an die Patrizia erhöht diese in regelmäßigen Abständen die Mieten entsprechend der gesetzlichen Regelungen. Im konkreten Fall der Adams-Lehmann-Straße und anderer geförderter Wohnungen in München führt dies dazu, dass die Mieten von Wohnungen in der Einkommensorientierten Förderung von 9 € auf über 11 € gestiegen sind. Und bei der Entwicklung der Münchner Vergleichsmieten ist hier kein Ende abzusehen. Dies führt dazu, dass die Haushalte, die eine einkommensorienterte Förderung erhalten, diese Mieten nicht mehr bezahlen können und teilweise verzweifelt nach einer Lösung suchen.

Um einen Überblick über die Zahl der betroffenen Menschen zu gewinnen, bitte ich um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie viele EOF-Wohnungen sind seit Bestehen des Programm im Jahr 2001 in München entstanden?
2. Wie viele dieser Wohnungen erhielten eine Zusatzförderung der Stadt, so dass Mietanpassungen durch ein Index-Verfahren gedämpft werden?
3. Wie viele dieser EOF-Wohnungen befinden sich im Eigentum der GBW?
4. Gibt es auch aus anderen Wohnanlagen der GBW Klagen über regelmäßige Mieterhöhungen wie im Fall der Adams-Lehmann-Straße?
5. Gibt es bereits Fälle, in denen das Jobcenter die steigenden Mieten von EOF-Wohnungen nicht mehr akzeptiert und die Mieterinnen und Mieter zu eine Mietsenkung aufgefordert werden?
6. Gibt es aktuell die Möglichkeit, den Förderzuschuss für die von den Mieterhöhungen betroffenen Mieterhaushalte zu erhöhen, so dass deren Mietbelastung leistbar bleibt?

Brigitte Wolf (DIE LINKE) **Cetin Oraner (DIE LINKE)**

DIE LINKE Stadtratsgruppe
Rathaus, Marienplatz 8 ● Stadtratsbüro: Zimmer 176 ● 80331 München
DIE LINKE: Telefon: 089 / 233 – 252 35 ● E-Mail: info@dielinke-muenchen-stadtrat.de

DIE LINKE.

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, den 07.05.2018

Antrag: Ministerpräsident Söder muss Verantwortung für Vertreibungspolitik der GBW übernehmen

Der Stadtrat möge beschließen:

1) Der Stadtrat der LH München fordert Ministerpräsident Söder auf, Verantwortung für die wohnungspolitische Fehlentscheidung des Verkaufs der GBW-Politik zu übernehmen. Die geplante neue bayerische Wohnungsbaugesellschaft 'Bayernheim' soll finanziell so ausgestattet werden, dass zumindest die EOF-Wohnungen der GBW zurückgekauft werden können.
2) Der Stadtrat der LH München fordert den Bayerischen Landtag auf, die Bestimmungen der Einkommensorientierte Förderung (EOF) so zu verändern, dass der geförderte Wohnraum dauerhaft für Menschen mit niedrigen Einkommen bezahlbar bleibt. Denkbar wäre eine Zuschusserhöhung für Gebiete mit erhöhtem Wohnungsbedarf oder auch die Kopplung der Förderung an eine maximale Belastungsquote des Haushaltseinkommens.

Begründung:

Nach dem Verkauf der GBW an die Patrizia erhöht diese in regelmäßigen Abständen die Mieten entsprechend der gesetzlichen Regelungen. Im konkreten Fall der Adams-Lehmann-Straße und anderer geförderter Wohnungen in München führt dies dazu, dass die Mieten der EOF-Wohnungen von 9 € auf über 11 € gestiegen ist. Und bei der Entwicklung der Münchner Vergleichsmieten ist hier kein Ende abzusehen. Dies führt dazu, dass die Haushalte, die eine einkommensorienterte Förderung erhalten, diese Mieten nicht mehr bezahlen können. Die von der Staatsregierung unter Ministerpräsident Söder bis 2025 geplanten 10.000 neuen Wohnungen sind nicht einmal ein Tropfen auf den heißen Stein. Zumindest die vom Freistaat im Stich gelassenen Mieterinnen und Mieter von EOF-Wohnungen sollten durch den Rückkauf geschützt werden.

Zusätzlich müssen die gesetzlichen Bestimmungen für EOF-Wohnungen so geändert werden, dass sich die aktuelle Vertreibungspolitik der GBW nicht wiederholen kann.

Brigitte Wolf (DIE LINKE) **Cetin Oraner (DIE LINKE)**

DIE LINKE Stadtratsgruppe
Rathaus, Marienplatz 8 ● Stadtratsbüro: Zimmer 176 ● 80331 München
DIE LINKE: Telefon: 089 / 233 – 252 35 ● E-Mail: info@dielinke-muenchen-stadtrat.de

DIE LINKE.

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, den 07.05.2018

Antrag: EOF-Haushalte in GBW-Wohnungen unterstützen

Der Stadtrat möge beschließen:

1) Die Stadtverwaltung wird gebeten, mit der GBW bzw. der Patrizia-AG in Verhandlungen zu treten mit dem Ziel, die regelmäßigen Mietsteigerungen in den EOF-Wohnungen zu unterbinden bzw. zu reduzieren. Geklärt werden sollte die Frage, ob die GBW damit einverstanden ist, durch eine nachträgliche Förderung durch die LH München die bisherigen Mieterhöhungen (teilweise) rückgängig zu machen und auf eine Mietanpassung im Index-Verfahren umzustellen.
2) Die Stadtverwaltung wird gebeten, den betroffenen EOF-Haushalten vorrangig Ersatzwohnraum in den städtischen Wohnungsbaugesellschaften zur Verfügung zu stellen.

Begründung:

Nach dem Verkauf der GBW an die Patrizia erhöht diese in regelmäßigen Abständen die Mieten entsprechend der gesetzlichen Regelungen. Im konkreten Fall der Adams-Lehmann-Straße und anderer geförderter Wohnungen in München führt dies dazu, dass die Mieten der EOF-Wohnungen von 9 € auf über 11 € gestiegen ist. Und bei der Entwicklung der Münchner Vergleichsmieten ist hier kein Ende abzusehen. Dies führt dazu, dass die Haushalte, die eine einkommensorienterte Förderung erhalten, diese Mieten nicht mehr bezahlen können und teilweise verzweifelt nach einer Lösung suchen.

Seit 2015 kann die Stadt München aufgrund geänderter staatlicher Vorgaben durch eine Zusatzförderung Einfluss auf die Regelungen für Mieterhöhungen nehmen. Dies führt dazu, dass die Mietsteigerungen wesentlich geringer ausfallen als ohne Zusatzförderung. Da der Förderzuschuss für frühere EOF-Wohnungen nicht erhöht wird, sind deren Mieterinnen und Mieter akut von Vertreibung bedroht. Die Stadt München sollte auf dem Verhandlungsweg mit der GBW versuchen, Verbesserungen zu erreichen.

Um die von der GBW aus ihren Wohnungen vertriebenen Menschen vor der Obdachlosigkeit zu schützen, muss Ersatzwohnraum zur Verfügung gestellt werden, in aller Regel bei den städtischen Wohnungsbaugesellschaften GWG und GEWOFAG.

Brigitte Wolf (DIE LINKE) **Cetin Oraner (DIE LINKE)**

DIE LINKE Stadtratsgruppe
Rathaus, Marienplatz 8 ● Stadtratsbüro: Zimmer 176 ● 80331 München
DIE LINKE: Telefon: 089 / 233 – 252 35 ● E-Mail: info@dielinke-muenchen-stadtrat.de

Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Dienstag, 8. Mai 2018

Donnerstag, 10. Mai: Umleitung bei Tram und Bus wegen Demonstration in der Innenstadt
Pressemitteilung MVG

Bus 100: Kein Halt am Odeonsplatz wegen Veranstaltung am Samstagabend
Pressemitteilung MVG

Sieben Münchner in Hamburg: U-Bahnwache und MVG beim größten Hafenfest der Welt im Einsatz
Pressemitteilung MVG

Klinikum Harlaching revolutioniert Schlaganfallversorgung: Experten fliegen per Hubschrauber direkt zum Patienten
Pressemitteilung Städtisches Klinikum München GmbH

Die presserechtliche Verantwortung für die nachfolgenden Pressemitteilungen liegt jeweils bei der Beteiligungsgesellschaft, die sie herausgibt.

MVG Information für die Medien

8.5.2018

Donnerstag, 10. Mai: Umleitung bei Tram und Bus wegen Demonstration in der Innenstadt

Herausgeber
Stadtwerke München GmbH
Pressestelle
Telefon: +49 89 2361-5042
E-Mail: presse@swm.de
www.swm.de

Redaktion
Pressereferent Bereich MVG
Matthias Korte
Telefon: +49 89 2361-6042
E-Mail: korte.matthias@swm.de
www.mvg.de

Wegen einer Demonstration in der Münchner Innenstadt kommt es am Donnerstag, 10. Mai, zu Umleitungen bei Tram und Bus. Betroffen sind die Linien 19 und 100, voraussichtlich von ca. 14 Uhr bis ca. 15.30 bzw. 16.30 Uhr. Folgende Änderungen sind absehbar:

Tram 19: Zwischen den Haltestellen Maxmonument und Hauptbahnhof Süd fahren die Züge eine Umleitung über Isartor, Sendlinger Tor und Karlsplatz (Stachus). Es entfallen die Haltestellen Kammerspiele, Nationaltheater, Marienplatz (Theatinerstraße), Lenbachplatz, Karlsplatz Nord und Hauptbahnhof.

StadtBus 100 (MVG Museenlinie): Die Busse werden großräumig umgeleitet (via Englischer Garten). Die Haltestellen Reitmorstraße/Sammlung Schack, Nationalmuseum/Haus der Kunst, Königinstraße, Von-der-Tann-Straße und Oskar-von-Miller-Ring (Richtung Ostbahnhof) entfallen. Die Haltestelle Odeonsplatz kann bis voraussichtlich 16.30 Uhr nicht bedient werden (dort Schlusskundgebung).

Die Buslinie 132 endet derzeit baustellenbedingt am Isartor statt am Marienplatz und ist daher nicht von (weiteren) Einschränkungen betroffen (vgl. Meldung vom 5. April).

Die Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG) informiert ihre Fahrgäste unter anderem mit Aushängen an den Haltestellen über die Einschränkungen. Informationen zu allen Betriebsänderungen gibt es auch im Internet auf www.mvg.de, in der App „MVG Fahrinfo München“ sowie an der MVG Hotline unter 0800 344 22 66 00 (Mo.-Fr. 8-20 Uhr, gebührenfrei).

MVG Information für die Medien

8.5.2018

Bus 100: Kein Halt am Odeonsplatz wegen Veranstaltung am Samstagabend

Eine Veranstaltung („Various Voices") bremst am Samstag, 12. Mai, den StadtBus 100 (MVG Museenlinie) aus. Die Busse können die Haltestelle Odeonsplatz von ca. 17 Uhr bis ca. 23 Uhr nicht bedienen. Die Haltestelle Von-der-Tann-Straße wird in Richtung Ostbahnhof in die Von-der-Tann-Straße (östlich der Ludwigstraße) verlegt; in Richtung Hauptbahnhof Nord wird nur die Haltestelle nördlich der Einmündung Ludwigstraße/Von-der-Tann-Straße angefahren.

Die Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG) informiert ihre Fahrgäste unter anderem mit Aushängen an den Haltestellen über die Einschränkungen. Informationen zu allen Betriebsänderungen gibt es auch im Internet auf www.mvg.de, in der App „MVG Fahrinfo München" sowie an der MVG Hotline unter 0800 344 22 66 00 (Mo.-Fr. 8-20 Uhr, gebührenfrei).

Herausgeber
Stadtwerke München GmbH
Pressestelle
Telefon: +49 89 2361-5042
E-Mail: presse@swm.de
www.swm.de

Redaktion
Pressereferent Bereich MVG
Matthias Korte
Telefon: +49 89 2361-6042
E-Mail: korte.matthias@swm.de
www.mvg.de

MVG Information für die Medien

8.5.2018

Sieben Münchner in Hamburg: U-Bahnwache und MVG beim größten Hafenfest der Welt im Einsatz

Zum 829. Mal feiern die Hamburger am kommenden Wochenende (10. bis 13. Mai) ihren Hafengeburtstag – und freuen sich dabei auch über Unterstützung aus München! Zwei Mitarbeiter aus den Reihen der Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG) – ein Bediensteter aus dem Fahrgastservice und ein U-Bahnfahrer – und fünf Dienstkräfte der U-Bahnwache sind am Wochenende im U-Bahnbereich im Einsatz. Die Wiesn-erprobten Münchner unterstützen ihre Kolleginnen und Kollegen von der Hamburger Hochbahn AG unter anderem bei der Fahrgastlenkung und Zugabfertigung. Zur größten Hafenparty der Welt erwartet Hamburg von Donnerstag bis Sonntag weit mehr als eine Million Gäste.

Zahlreiche Verkehrsunternehmen aus Deutschland und Österreich unterstützen sich seit Jahren gegenseitig mit Personal bei Großveranstaltungen, um Erfahrungen und Wissen auszutauschen. MVG und U-Bahnwache erhalten beispielsweise jedes Jahr Verstärkung zur Wiesn. Zum „Donauinselfest“ Ende Juni in Wien werden wiederum Fachleute der MVG nach Österreich reisen. Die Vernetzung der Nahverkehrsbranche zahlt sich so zum Nutzen der Fahrgäste aus.

Herausgeber
Stadtwerke München GmbH
Pressestelle
Telefon: +49 89 2361-5042
E-Mail: presse@swm.de
www.swm.de

Redaktion
Pressereferent Bereich MVG
Matthias Korte
Telefon: +49 89 2361-6042
E-Mail: korte.matthias@swm.de
www.mvg.de

Presseinformation

Wo der Patient den Schlaganfall erleidet, darf nicht entscheidend sein

Klinikum Harlaching revolutioniert Schlaganfallversorgung: Experten fliegen per Hubschrauber direkt zum Patienten

Zeit und Ort sind die zwei ausschlaggebenden Faktoren bei der Behandlung von Schlaganfallpatienten. Zumindest bis jetzt: Denn dank des weltweit einzigartigen Pilotprojekts „TEMPiS Flying Interventionalists“ sollen Betroffene nun ortsunabhängig schnelle Expertenhilfe erhalten. Das Revolutionäre: Der Patient fliegt nicht länger zum Experten – sondern umgekehrt.

München, 7. Mai 2018. Bisher ist es in der Schlaganfallversorgung unangetasteter Standard, Patienten für schwierige Eingriffe in ein spezialisiertes Zentrum zu verlegen. Das umgekehrte Prinzip ist eine weltweite Neuerung, verspricht aber elementare Vorteile – dem Patienten bleibt die risikobehaftete Verlegung erspart, er erhält die komplette Behandlung in Heimatnähe und nicht zuletzt einen entscheidenden Zeitvorteil. Die Pilotphase des Hubschrauberprojekts „Flying Interventionalists“ läuft seit Februar 2018 und soll zeigen, ob sich dahinter das wegweisende Modell der Zukunft verbirgt. Schlaganfall-Experten aus dem Klinikum Harlaching haben das Projekt initiiert und leiten die Untersuchung, die von den Bayerischen Krankenkassen zunächst für einen Zeitraum von drei Jahren finanziert wird. Das wissenschaftliche Projekt ist die Weiterentwicklung des vor 15 Jahren vom Klinikum Harlaching ins Leben gerufenen telemedizinischen Schlaganfallnetzwerks TEMPiS.

Dritthäufigste Todesursache in Deutschland: Schlaganfall. Richtige und schnelle Therapie überlebenswichtig

Rund 260.000 Menschen erleiden jedes Jahr in Deutschland einen Schlaganfall. Der Hirnschlag verursacht häufig bleibende Behinderungen und ist hierzulande die dritthäufigste Todesursache. Vielen schwer betroffenen Patienten kann seit einigen Jahren eine neue Behandlungsmethode helfen: die Thrombektomie. Dabei wird das Blutgerinnsel, das eine Hirnarterie verstopft, mechanisch mithilfe eines Katheters entfernt und die Durchblutung wiederhergestellt. Der Eingriff erfordert eine hohe medizinische Expertise und muss so schnell wie möglich durchgeführt werden. Erhält der Patient die Behandlung rechtzeitig, lassen sich dadurch schwere Behinderungen auch bei schweren Verläufen oft vermeiden.

Die Grenzen der Behandlung: Unterschiedliche Versorgungsqualität in der Stadt und auf dem Land

Die Problematik: Es gibt nur wenige Spezialisten, die einen solch komplizierten Eingriff vornehmen können. Diese Neuroradiologen befinden sich meist in großen Schlaganfallzentren, welche sich wiederum in großen Städten bilden. Patienten, die ihren Schlaganfall auf dem Land erleiden, müssen für die Thrombektomie aufwändig in ein solches Zentrum verlegt werden. Durch den Einsatz der „fliegenden Interventionalisten“ können die Patienten nun viel schneller behandelt werden, ohne dem Risiko einer solchen Verlegung ausgesetzt zu sein.

Geschäftsführung
Marketing & Kommunikation

Redaktionskontakt:

Raphael Diecke
Pressesprecher

Maike Zander
Stv. Pressesprecherin

Telefon (089) 452279-492 / -495
Telefax (089) 452279-749

presse@klinikum-muenchen.de

Besuchen Sie uns im Internet:

klinikum-muenchen.de
KlinikumMuenchen
StKM_News

Städtisches Klinikum München GmbH
Thalkirchner Straße 48
80337 München

Geschäftsführung: Dr. med. Axel Fischer (Vorsitzender), Susanne Diefenthal, Dietmar Pawlik

Aufsichtsrat: Oberbürgermeister Dieter Reiter (Vorsitzender)

Handelsregister: München HRB 154 102
USt-IDNr.: DE814184919

städtisches
>Klinikum
München

Entscheidender Zeitvorteil: Arzt fliegt zum Patienten und nicht umgekehrt

Und so funktioniert es: Kommt ein Patient mit Schlaganfallsymptomen in eine regionale Partnerklinik, wird er umgehend per Videokonferenz von einem Neurologen aus München telemedizinisch untersucht. Stellt sich heraus, dass bei dem Patienten eine Thrombektomie durchgeführt werden muss, machen sich die fliegenden Ärzte per Helikopter auf den Weg. Zur gleichen Zeit wird der Patient in der Partnerklinik bereits optimal vorbereitet. So kann das Interventionsteam, bestehend aus Arzt und Assistent, gleich nach der Ankunft mit dem Eingriff beginnen. Im Vergleich zu einer konventionellen Verlegung können so nach Einschätzung des Projektleiters, Dr. Gordian Hubert, bis zu 100 Minuten eingespart werden. Ein entscheidender Faktor, denn bis zur Behandlung sterben nach einem Schlaganfall im Schnitt jede Minute 1,9 Millionen Nervenzellen ab.

Telemedizin bringt hohe Versorgungsqualität aus der Stadt auch auf das Land

Die „Flying Interventionalists“ sind ein Projekt des telemedizinischen Schlaganfallnetzwerks TEMPiS, das bereits im Jahr 2003 gegründet wurde. TEMPiS gehört mit 21 angebundenen Kliniken, zwei Telemedizinzentren in Harlaching und Regensburg und mehr als 10.000 Patienten pro Jahr zu den größten Netzwerken seiner Art in Europa. Die Ärzte in den Partnerkliniken werden bei der neurologischen Untersuchung, der bildgebenden Diagnostik und der Therapieentscheidung von ausgewiesenen Schlaganfallspezialisten in den Zentren telemedizinisch, also per „Video-Liveschalte“, unterstützt. Mit bis heute über 60.000 durchgeführten Telekonsilen hat sich das Konzept des Netzwerks als Erfolg erwiesen: höhere Versorgungsqualität, geringere Sterblichkeit, kürzere Verweildauer und frühere Diagnose heben den Versorgungsstandard in ländlichen Regionen annähernd auf das gleiche Niveau wie in der Stadt.

Fliegende Ärzte als neuer Standard in der Regelversorgung?

Die „Flying Interventionalists“ sollen nun dazu beitragen, dass die Patienten auch in Zukunft über den gesamten Therapieverlauf wohnortnah behandelt werden können. In der Pilotphase nehmen zunächst elf regionale Kliniken in Oberbayern, Niederbayern und der Oberpfalz an dem Projekt teil. Die fliegenden Ärzte sind erfahrene interventionelle Neuroradiologen aus dem Klinikum Harlaching und dem Klinikum rechts der Isar in München, die zunächst an 26 Wochen im Jahr, sieben Tage die Woche, jeweils in der Zeit zwischen 8.00 Uhr und 22.00 Uhr zur Verfügung stehen. Geschätzt könnten zukünftig jährlich bis zu 200 Patienten im Netzwerk auf diese Weise behandelt werden.

Projektpartner und Finanzierung

Projektträger ist das Städtische Klinikum München, Kooperationspartner sind das Klinikum rechts der Isar der TU München, das Universitätsklinikum Regensburg und 11 regionale Kliniken des TEMPiS-Netzwerks. Die Finanzierung des Projektes erfolgt vollständig durch die gesetzlichen und privaten Krankenkassen. Die wissenschaftliche Auswertung wird durch das Bayerische Staatsministerium für Gesundheit und Pflege (StMGP) gefördert.

Kooperationspartner für die Helikopterflüge sind die ADAC Luftrettung gGmbH sowie die HTM Helicopter Travel Munich GmbH. Die ADAC Luftrettung unterstützt solche zukunftsweisenden Projekte zur Weiterentwicklung der Luftrettung seit ihrer Gründung. So ist sie für die Forschung zur Verbesserung der Rettung aus Lebensgefahr und notfallmedizinischen Versorgung aus der Luft ein idealer Kooperationspartner.

städtisches
>Klinikum
München

Bildmaterial

TEMPiS – eines des größten telemedizinischen Stroke Unit-Netzwerke seiner Art in Europa. http://www.tempis.de/

Patientenuntersuchung vor der Kamera

Übertragung der CT-/MRT-Bilder

Besprechung des weiteren Vorgehens

Vorgehensweise bei TEMPiS: Experten im Schlaganfallzentrum des Klinikums Harlaching diagnostizieren und beraten die Partnerkliniken via Videoschalte. Leichte Fälle können schnell vor Ort behandelt werden. Schwere Fälle werden schneller diagnostiziert und bislang direkt in das Zentrum zur Behandlung gebracht – neu: Jetzt fliegen die Experten direkt in die Partnerklinik:.

städtisches
>Klinikum
München

Hintergrundinformationen Schlaganfall

Ein Schlaganfall ist eine anhaltende Störung der Gehirnfunktion aufgrund einer plötzlichen Minderversorgung eines Hirnbereichs mit Blut. Das bedeutet: Die grauen Zellen in einem bestimmten Gehirnbereich erhalten nicht mehr ausreichend Sauerstoff und Nährstoffe. Sie drohen daher abzusterben. Je nachdem wie stark und wie lange die Durchblutung beeinträchtigt ist, kann das betroffene Gehirnareal seine Aufgabe entweder vorläufig oder dauerhaft nicht mehr erfüllen.

Rund 270.000 Menschen erleiden jährlich in Deutschland einen Schlaganfall. Der Hirninfarkt ist die dritthäufigste Todesursache. Sowohl die medizinische Behandlung als auch das richtige und schnelle Verhalten im Ernstfall spielen hier eine entscheidende Rolle. Es ist ein Wettlauf mit der Zeit: Je länger es dauert, bis ein Schlaganfallpatient die passende Therapie erhält – desto geringer sind die Überlebenschancen und desto höher das Risiko von Folgeschäden. Denn: Beim Schlaganfall sterben pro Minute 1.9 Millionen Nervenzellen.

Was sind die Symptome des Schlaganfalls?

Zu den typischen Symptomen des Schlaganfalls gehören das plötzliche Auftreten eines Taubheitsgefühls, einer Halbseitenlähmung, Sprachstörungen, Verschlechterung der Sehfähigkeit oder Doppelbilder.

Verschwinden diese Ausfälle sehr rasch oder zumindest innerhalb von 24 Stunden wieder, sprechen Mediziner von einer vorübergehenden (transistorischen) ischämischen Attacke (TIA). Man sollte aber beim Auftreten von Schlaganfallsymptomen auf keinen Fall abwarten, sondern umgehend die 112 anrufen: Denn selbst wenn es sich um vorübergehende Symptome handelt ist das Risiko für einen Schlaganfall nach einer TIA deutlich erhöht. Um Schlimmeres zu vermeiden, sollten sich die Betroffenen rasch in ärztliche Behandlung begeben.

Für die Störung der Durchblutung des Gehirns gibt es zwei Hauptursachen: In etwa 80 Prozent der Fälle sind Blutgefäße „verstopft“, beispielsweise durch ein verschlepptes Blutgerinnsel (Embolus) oder aufgrund einer Gefäßverkalkung (Arteriosklerose). Dies bezeichnet man als ischämischen (weißen) Schlaganfall. Seltener ist der Schlaganfall, der durch eine Blutung im Gehirn verursacht wird (roter Schlaganfall).

Der Schlaganfall ist ein Notfall bei dem Geschwindigkeit gefragt ist. Je schneller die Diagnose und erste Therapiemaßnahmen eingeleitet werden, umso höher sind die Heilungschancen. Es geht bei der Therapie darum, die Durchblutung möglichst zügig wieder zu verbessern, um die gestörten oder ausgefallenen Hirnfunktionen wiederherzustellen.

Wo wird der Schlaganfall behandelt?

Die Behandlung erfolgt in einer sogenannten **Stroke Unit**, einer auf die Behandlung von Schlaganfällen spezialisierten Station. Die Stroke Units des Städtischen Klinikums München befinden sich an den Standorten Harlaching und Bogenhausen. Dort werden jährlich über 2.600 Schlaganfälle behandelt.

Jeder der Überwachungsplätze ist mit einem umfassenden Monitoring von EKG, Blutdruck und weiteren Parametern zur Akutbehandlung des Schlaganfalls ausgerüstet. Neben der zerebralen Bildgebung (Computertomographie oder Kernspintomographie) werden die weitere Diagnostik direkt am Krankenbett auf der Schlaganfalleinheit durchgeführt und die Akutbehandlung eingeleitet. Außerdem beginnt sofort die rehabilitative Therapie sowie, abgestimmt auf das Risikoprofil des Patienten, eine prophylaktische Therapie zur Vermeidung weiterer Schlaganfälle.

städtisches
>Klinikum
München

Welche weiteren Behandlungsmethoden gibt es?

Bei einem ischämischen Schlaganfall geht es darum, die Durchblutung des betroffenen Gehirnbereichs – falls möglich – so rasch wie möglich wiederherzustellen.

Innerhalb der ersten viereinhalb Stunden nach Beginn der Schlaganfallsymptome kann hierfür eine sogenannte systemische Thrombolyse - auch kurz Lyse genannt – durchgeführt werden. Hierbei wird ein blutgerinnselauflösendes Mittel über die Vene verabreicht. Eine möglichst rasche Wiedereröffnung des verstopften Gefäßes trägt dazu bei, Todesfälle zu reduzieren und die Behinderungen durch den Schlaganfall möglichst gering zu halten. Allerdings geht sie mit einem gewissen Risiko für Hirnblutungen einher und ist zum Beispiel aufgrund bestimmter Vorerkrankungen nicht für jeden Patienten geeignet.

Eine weitere Behandlungsmethode ist die sogenannte mechanische Thrombektomie. Hierbei wird ein sehr dünner Draht (Katheter) über die Leistenarterie bis an die Stelle des Gefäßverschlusses in den Hirnarterien vorgeschoben. Mit diesem Katheter wird das Blutgerinnsel mechanisch entfernt und abgesaugt. Die Thrombektomie kommt bei Schlaganfallpatienten infrage, bei denen das Gerinnsel eines der größeren Hauptstammhirngefäßen verstopft. Kleinere Gefäßabzweigungen, die tiefer im Gehirn liegen, sind schwer mit dem Draht zu erreichen und werden aktuell nur in Einzelfällen mittels Thrombektomie wiedereröffnet. Die Thrombektomie ist eine komplizierte und aufwändige Methode, die nur von erfahrenen Spezialisten durchgeführt werden kann und daher bisher nur in größeren Zentren angeboten wird.

Weitere Informationen zum Telemedizinischen Projekt zur integrierten Schlaganfallversorgung (TEMPiS)

Insgesamt wurden seit 2003 über 55.000 sogenannte Telekonsile (Video-Untersuchungen) abgehalten. Damit ist TEMPiS eines der größten Netzwerke dieser Art in Europa. Insgesamt konnte in den regionalen Kliniken neben der Lysetherapie auch die Qualität der gesamten Schlaganfalltherapie verbessert werden. Mehr Patienten erhalten eine frühe Diagnostik (z.B. Computertomographie), spezifische Therapie und frühe rehabilitative Behandlung. In einem Vergleich zwischen Kliniken mit und ohne telemedizinische Beratung zeigte sich für die Patienten innerhalb des Netzwerkes eine Prognoseverbesserung um 37 Prozent für Sterblichkeit, Pflegeheimversorgung und schwere Behinderung. Dies konnte ohne Steigerung von Krankenhausverlegungen bei gleichzeitig signifikanter Verkürzung des Krankenhausaufenthaltes erreicht werden. Die telemedizinische Beratung hat daneben dazu beigetragen, dass sowohl Ursachen von schlaganfallähnlichen Erkrankungsbildern als auch spezielle Schlaganfalltypen häufiger bzw. früher erkannt und einer entsprechenden Therapie zugeführt werden konnten.

Gleichzeitig konnte im Projekt aufgezeigt werden, dass eine Schlaganfallversorgung in ländlichen Gebieten genauso schnell wie in einer Großstadt sein kann. Dank 24/7 telemedizinischer Unterstützung durch die Spezialisten im Klinikum Harlaching ist die Versorgung in der Region genauso schnell wie die Versorgung in Finnland durch die Helsinki University Central Hospital (HUCH), das international für extrem schnelle Zeiten bis zur Lysetherapie bekannt ist. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie im renommierten Journal „Stroke“ im Dezember 2016. „Die Lysetherapie muss möglichst schnell erfolgen, da jede Minute 1,9 Millionen Nervenzellen sterben“, erklärt Oberarzt und TEMPiS-Koordinator Dr. Gordian Hubert, „Wir haben große Anstrengungen unternommen, um in allen TEMPiS-Kliniken Prozesse so zu gestalten, dass die Therapie möglichst rasch gegeben wird.“ Jetzt haben TEMPiS und HUCH ihre Zeiten verglichen – und sind mit 115 bzw. 117 Minuten gleichschnell, Obwohl TEMPiS einen deutlich höheren Anteil ländlicher Bevölkerung versorgt.

Städtisches Klinikum München
Mit seinen fünf Standorten in Bogenhausen, Harlaching, Neuperlach, Schwabing und der Thalkirchner Straße bietet das **Städtische Klinikum München** eine umfassende Gesundheitsversorgung auf höchstem medizinischen und pflegerischen Niveau. Jährlich lassen sich hier rund 140.000 Menschen stationär und teilstationär behandeln – aus München, der Region und der ganzen Welt. Auch in der Notfallmedizin ist Deutschlands zweitgrößtes, kommunales Klinikunternehmen die Nr. 1: Rund 170.000 Menschen werden jedes Jahr in den vier Notfallzentren aufgenommen – das entspricht über 40 Prozent aller Notfälle der Landeshauptstadt. Die Kliniken sind entweder Lehrkrankenhaus der Ludwig-Maximilians-Universität oder der Technischen Universität München. Die hauseigene Akademie bietet vielfältige Einstiegs- und Entwicklungsperspektiven und verantwortet die aktive Nachwuchssicherung. Mit rund 500 Ausbildungsplätzen jährlich ist sie die größte Bildungseinrichtung im Pflegebereich in Bayern.

Klinikum rechts der Isar der Technischen Universität München
Das Klinikum rechts der Isar der Technischen Universität München widmet sich mit rund 5.500 Mitarbeitern der Krankenversorgung, der Forschung und der Lehre. Jährlich profitieren rund 60.000 Patienten von der stationären und rund 250.000 Patienten von der ambulanten Betreuung auf höchstem medizinischem Niveau. Das Universitätsklinikum ist ein Haus der Supra-Maximalversorgung, das das gesamte Spektrum moderner Medizin abdeckt. Durch die enge Kooperation von Krankenversorgung und Forschung kommen neue Erkenntnisse aus wissenschaftlichen Studien frühzeitig dem Patienten zugute. Seit 2003 ist das Klinikum rechts der Isar eine Anstalt des öffentlichen Rechts des Freistaats Bayern.

ADAC Luftrettung gGmbH
Mit mehr als 50 Rettungshubschraubern und 36 Stationen ist die gemeinnützige ADAC Luftrettung eine der größten Luftrettungsorganisationen Europas. Seit 2017 gehört sie zur gemeinnützigen ADAC Stiftung. Die ADAC Rettungshubschrauber gehören zum deutschen Rettungsdienstsystem und werden immer über die Notrufnummer 112 bei der Leitstelle angefordert und sind im Notfall für jeden Verunglückten oder Erkrankten zur Stelle. „Gegen die Zeit und für das Leben“ lautet der Leitsatz der ADAC Luftrettung gGmbH. Denn gerade bei schweren Verletzungen oder Erkrankungen gilt: Je schneller der Patient in eine geeignete Klinik transportiert wird oder vor Ort vom Notarzt versorgt wird, desto besser sind seine Überlebenschancen bzw. seine Rekonvaleszenz.

HTM Helicopter Travel Munich GmbH
HTM Helicopter Travel Munich GmbH ist eines der größten Hubschrauberunternehmen im deutschsprachigen Raum mit IFR- und Offshore- Zulassung sowie einer eigenen Flugschule. 1997 von Hans Ostler in München gegründet, betreibt HTM 23 Hubschrauber an 6 Standorten und ist dabei, weiterhin zu expandieren. HTM ist für Sie mehr als 4000 Stunden pro Jahr im Einsatz.